

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 18.02.2025
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:40 Uhr
Ort, Raum: Markdorf, Bürgersaal im Rathaus

Anwesend:

Vorsitz

Herr Georg Riedmann

Mitglieder

Frau Cornelia Achilles
Herr Uwe Achilles
Frau Diana Bartosz
Herr Dietmar Bitzenhofer
Herr Anton Brielmayer
Herr Bernd Brielmayer
Frau Eva Fast
Herr Dr. Markus Gantert (ab 19:09 Uhr)
Frau Sabine Gebhardt
Frau Lisa Gretscher
Herr Arnold Holstein
Frau Martina Koners-Kannegießer
Frau Kerstin Mock
Herr Joachim Mutschler
Herr Jens Neumann
Herr Simon Pfluger
Herr Martin Roth
Herr Dr. Dieter Walliser
Herr Erich Wild
Herr Rainer Zanker

Protokollführung

Frau Nadja Hörsch

von der Verwaltung

Frau Monika Gehweiler
Herr Juergen Hess
Frau Regina Holzhofer
Herr Jörg Wiggenhauser

Abwesend:

Mitglieder

Herr Rolf Haas
Frau Susanne Sträßle

Entschuldigt
Entschuldigt

Tagesordnung:

16 Bürgerfrageviertelstunde

17 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

18 Neufassung der städtischen Spielplatzsatzung

Vorlage: 2025/558

**18.1 Antrag SPD/Grüne Ausgliederung Spielplatz Proma/Volksbank aus
Spielplatzsatzung**

18.2 Beschluss Neufassung der städtischen Spielplatzsatzung

19 Behindertenbeauftragter der Stadt Markdorf

- Tätigkeitsbericht

Vorlage: 2025/556

20 Kurzbericht zur aktuellen Flüchtlingssituation in Markdorf

Vorlage: 2025/572

21 Bekanntmachungen, Wünsche und Anträge

Der Vorsitzende Herr Georg Riedmann begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Gäste und eröffnet um 18:00 Uhr die öffentliche Sitzung, zu welcher form- und fristgerecht eingeladen wurde.

16 Bürgerfrageviertelstunde

Aus der Bürgerschaft kommen keine Fragen.

17 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Hier gibt es heute nichts zu berichten.

18 Neufassung der städtischen Spielplatzsatzung
Vorlage: 2025/558

Beratungsunterlage

Die Spielplatzsatzung wurde zuletzt am 24.02.2015 geändert und ist inzwischen überarbeitungsbedürftig.

Anlass für die Änderungen sind unter anderem neu hinzugekommenen Anlagen, verschiedene Begriffsanpassungen aber auch die Aufnahme des Spielplatzes an der Jakob-Gretser-Schule, der stets nach Schulbetrieb als öffentlicher Spielplatz genutzt wurde, im Satzungstext jedoch fehlte.

In der beigefügten Übersicht sind zum einen die vorgesehenen Änderungen rot beschrieben und zudem in der Spalte rechts daneben begründet. Außerdem enthält die Beratungsunterlage in der Anlage 2 eine durchgeschriebene Fassung der neu lautenden Satzung.

Kosten:

Insbesondere wegen der Änderung des § 4 (Öffnungszeiten) müssen die Hinweisschilder im Bereich der Anlagen geändert bzw. erneuert werden. Aufgrund der Vielzahl an Anlagen ist hier mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich ca. 5.000,- € zu rechnen. Der Haushaltsansatz für die Unterhaltung der Spielplätze (Kostenstelle 551001) beträgt 24.375,- €.

Auswirkungen auf den Klimaschutz (z.B. CO₂-Ausstoß/Energieverbrauch):

Erhebliche Reduktion ()	Geringfügige Reduktion ()	Keine (x)	Geringfügige Erhöhung ()	Erhebliche Erhöhung ()
-----------------------------	-------------------------------	----------------	------------------------------	----------------------------

Herr Hess führt in den Tagesordnungspunkt ein. Die Verwaltung schlägt vor, die Öffnungszeiten des Spielplatzes an der Trendsportanlage am BZM und des Jugendtreffs auf der Weiherwiese auf 08:00 – 22:00 Uhr festzulegen. Der Spielplatz an der Jakob-Gretser-Schule soll von 17:15 – 21:00 Uhr geöffnet sein. Alle anderen Spielplätze und Freizeitanlagen sind von 08:00 – 21:00 Uhr geöffnet. Herr Hess ergänzt, dass die bisherige Regelung nicht mehr den durch die Sommerzeitumstellung festgelegten Tageszeiten entsprochen hat. Ein Antrag von Anwohner, die Benutzungsszeit auf dem Jakob-Gretser-Spielplatz zu verkürzen, wurde von der Verwaltung nicht angenommen. Im § 5 wurde für die Trendsportanlage eine Sonderregelung zum Rauchen in gekennzeichneten Bereichen ergänzt. Im § 7 wurde eine in begründeten Einzelfällen erforderliche Ausnahmegenehmigung legitimiert. Als Beispiel erläutert Herr Hess Veranstaltungen des Jugendreferates. Er bedankt sich bei Frau Gebhardt, die im Vorfeld auf ein paar kleine Formulierungsfehler in der Satzung aufmerksam gemacht hat.

Diskussion

Frau Fast stellt fest, dass es für die Bolzplätze keine Altersbegrenzung gibt. Sie findet das gut und fragt, ob es eventuell gut wäre mit anzugeben, dass Erwachsene auch die Bolzplätze benutzen dürfen. Herr Hess antwortet, dass dies nicht nötig sei. **Frau Bartosz** gibt eine Stellungnahme zu den Spielplätzen ab. Sie findet die Überarbeitung der Spielplatzsatzung gut und längst überfällig. Die Spielplätze, Bolzplätze und Freizeitanlagen sind wichtige Begegnungsstätten, die für die sozialen Strukturen der Gemeinde wichtig sind. Hier finden Kontakte, Austausch und Begegnungen von Kindern und Jugendlichen statt. Die Umweltgruppe freut sich über die Neufassung der Spielplatzsatzung da sie sich in der Vergangenheit für Änderungen eingesetzt haben. **Herr Dr. Walliser** stellt fest, dass die Änderungen in der Satzung sehr aufwendig waren. Er fragt sich, wer sich an die Satzungen hält. Vor kurzem hat er einen freilaufenden Hund ohne Halter auf einem Spielplatz gesehen. Ihn würde interessieren, ob es Kontrollen zur Einhaltung der Regeln gibt. Herr Hess verneint dies. In der Vergangenheit gab es nur an dem Spielplatz der Jakob-Gretser-Schule regelmäßig Kontrollen, da sich dort lärmende Jugendliche aufhielten. Im Falle einer Beschwerde könne aber der GVD auch Spielplätze kontrollieren. Herr Bürgermeister Riedmann macht an dieser Stelle auf die Wichtigkeit der Spielplatzsatzung aufmerksam. Durch das Bestehen der Satzung kann bei Missachtung der Regeln auf diese hingewiesen werden und dadurch bestehe eine Handhabe. **Herr Achilles** macht eine Anmerkung zu den Anwohnern des Spielplatzes an der Jakob-Gretser-Schule. Die Anwohner stören keine spielenden Kinder. Das Problem sei aber, dass der Spielplatz oft als Bolzplatz verwendet wird und öfter Bälle über die Hecke fliegen. Da es direkt nebenan auf der Weiherwiese einen Bolzplatz gibt, sollten die Kinder doch diesen nutzen. Vielleicht wäre das mit passenden Schildern oder gelegentlichen Kontrollen möglich. Herr Bürgermeister Riedmann antwortet, dass dort kontrolliert werden kann und vielleicht der ein oder andere Busch so gepflanzt werden kann, damit das Fußballspielen dort unattraktiver wird. Desweiteren geht Herr Achilles auf den sogenannten Spielplatz zwischen Volksbank und Proma ein. Er findet, dass die Sitzgelegenheit dort keinen Spielplatz darstellt und laut Satzung Personen über 14 Jahren dort gar nicht sitzen dürfen. Er stellt daher als Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne einen Antrag auf Ausgliederung der Sitzgelegenheit aus der Spielplatzsatzung. Als Alternative schlägt er vor, aus den Sitzgelegenheiten einen richtigen Spielplatz mit Spielgeräten zu machen. Aus Sicht von Herrn Bürgermeister Riedmann kann der Platz am Proma aus der Spielplatzordnung genommen werden. **Herr Pfluger** erinnert daran, dass der Dorfplatz in Ittendorf dieses Jahr fertiggestellt wird und in die Satzung aufgenommen werden könnte. Er erkundigt sich, ob der Spielplatz im Kindergarten in Ittendorf auch in die Satzung mitaufgenommen werden sollte, was Herr Bürgermeister Riedmann verneint. **Frau Mock** erklärt, dass der Platz am Proma in der Vergangenheit oft als Aufenthaltsplatz für Jugendliche bis spät in die Nacht gedient hat. Um eine Handhabe bei Ruhestörungen zu haben, wurden die Sitzplätze damals nach langer Diskussion in die Spielplatzsatzung aufgenommen. Für **Herrn Zanker** ist der Platz auch kein richtiger Spielplatz, aber vielleicht wäre es trotzdem besser den Platz aus den bisher genannten Gründen in der Satzung zu lassen. Mittlerweile halten sich die Jugendlichen oft in den Tiefgaragen auf. **Frau Gebhardt** berichtet, dass sich an der Brücke am Bildbach auch oft Jugendliche aufhalten. **Herr Wild** würde alles beim Alten belassen. **Frau Fast** schlägt eine Mittellösung vor, am Proma mit einem Schild darauf hinzuweisen, dass dieser Platz bis 21 Uhr benützt werden kann. Herr

Hess antwortet, dass alles geregelt werden kann und für diesen Platz momentan die 21 Uhr Regelung gilt. Falls der Platz aus der Spielplatzordnung genommen werden sollte, dann gilt das allgemeine Polizeirecht. **Herr Mutschler** ist gleicher Ansicht wie Herr Achilles. Da die Spielplatzordnung gerade aktualisiert wird, sollte der Platz zwischen Volksbank und Proma aus der Spielplatzsatzung genommen werden. Herr Bürgermeister Riedmann schließt die Diskussion ab und möchte über den Antrag der SPD/Grüne abstimmen. Er ergänzt, dass die Situation insgesamt in der Stadt besser geworden ist, seit der private Sicherheitsdienst regelmäßig kontrolliert.

18.1 Antrag SPD/Grüne Ausgliederung Spielplatz Proma/Volksbank aus Spielplatzsatzung

B E S C H L U S S:

Der Gemeinderat beschließt mit 12 Ja-Stimmen (C. Achilles, U. Achilles, Bartosz, B. Brielmayer, Bürgermeister Riedmann, Fast, Gebhardt, Gretscher, Koners-Kannegießer, Mutschler, Pfluger, Roth) und 8 Nein-Stimmen (Bitzenhofer, Brielmayer, Holstein, Mock, Neumann, Wal-liser, Wild, Zanker) den Spielplatz zwischen Proma und Volksbank aus der Spielplatzsatzung auszugliedern.

18.2 Beschluss Neufassung der städtischen Spielplatzsatzung

B E S C H L U S S:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Neufassung der städtischen Spielplatzsatzung.

**19 Behindertenbeauftragter der Stadt Markdorf
- Tätigkeitsbericht
Vorlage: 2025/556**

Beratungsunterlage

Herr Frank Hartel ist seit 1. September 2015 ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter der Stadt Markdorf. In dieser Funktion ist er Ansprechpartner für die vielfältigen Belange von Menschen mit Behinderung. Herr Frank Hartel wird in der Sitzung des Gemeinderates an-wesend sein und zu seinen Aufgabenstellungen einen Tätigkeitsbericht geben. Die Mitglieder des Gemeinderates werden um Kenntnisnahme gebeten.

Auswirkungen auf den Klimaschutz (z.B. CO₂-Ausstoß/Energieverbrauch):

Erhebliche Reduktion ()	Geringfügige Reduktion ()	Keine (x)	Geringfügige Erhöhung ()	Erhebliche Erhöhung ()
-----------------------------	-------------------------------	--------------	------------------------------	----------------------------

Herr Hartel gibt einen Rückblick auf seine ersten Jahre als Behindertenbeauftragter der Stadt Markdorf und zählt einige der seitdem umgesetzten Maßnahmen auf. Dazu gehören bei-

spielsweise Behindertenparkplätze, Bordsteinabsenkungen, Beschilderungen, Ampeln für Blinde, barrierefreie Bushaltestellen und vieles mehr. Ein weiteres großes Projekt, das er ins Leben gerufen hat, ist die Impulsmahlzeit. Die Impulsmahlzeit ist eine offene Plattform, bei der sich Menschen mit oder ohne Beeinträchtigung zu einer gemeinsamen Mahlzeit treffen und austauschen können. Herr Hartel berichtet, dass die Impulsmahlzeit ca. 24 x pro Jahr stattfindet und in der Regel zwischen 100 und 150 Personen teilnehmen. Lieferanten für das Essen sind die Spitalküche, die Ratsstube in Kluftern, die Linde und das Schwanenstüble. Für den Nachtisch sorgt die Bäckerei Bader, der ein besonderer Dank gebührt, da diese den Kuchen unentgeltlich der Impulsmahlzeit spendet. Das restliche Essen wird durch Spenden der Teilnehmer finanziert. Zusätzlich unterstützten Spender und die Stadtverwaltung noch mit Zuschüssen.

In der Zukunft möchte Herr Hartel noch folgende Themen umsetzen:

- Barrierefreiheit Bushaltestelle BZM und 3. Grundschulstandort
- Flyer „Markdorf barrierefrei“
- Beratung und Information
- Mehr Angebote für Behinderte in Vereinen
- Parkplatzleitsystem
- Leichte Sprache für die Formulare der Verwaltung

Diskussion

Frau Mock bedankt sich bei Herrn Hartel für das Resümee und seine geleistete Arbeit. Schön, dass er die Aufgaben mit einer guten Ausgewogenheit und Unaufgeregtheit meistert. **Herr Bitzenhofer** bedankt sich ebenso und findet die Impulsmahlzeit eine beachtliche und tolle Veranstaltung. **Herr Achilles** bedankt sich bei Herrn Hartel, dass er die Sichtweise von Menschen mit Handicap aufzeigt, die Menschen ohne Beeinträchtigung gar nicht wahrnehmen. Die Impulsmahlzeit findet er ebenso ein tolles Projekt. **Herr Mutschler** ist überrascht, dass Herr Hartel viel mehr macht, als ihm bewusst war. Er bedankt sich für die kompetente Arbeitsleistung. Herr Bürgermeister Riedmann schließt sich dem Lob an und bedankt sich für die hervorragende Arbeit. Durch die vielen Baustellen in Markdorf muss sich Herr Hartel um viele Kleinigkeiten kümmern, was prima funktioniert. Herr Riedmann entschuldigt sich an dieser Stelle, dass der Bushaltestellenumbau leider an mehreren Bushaltestellen noch nicht umgesetzt werden konnte. Die Stadt ist hier noch in der Bringschuld. Das Problem sei beim barrierefreien Ausbau, dass der nötige Radius oft nicht auf den städtischen Grundstücken verwirklicht werden kann. Auch durch diese Schwierigkeit kam es leider zu zeitliche Verzögerungen. Herr Hartel bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung für die Zusammenarbeit und die Kooperationsbereitschaft.

Die Mitglieder des Gemeinderates nehmen den Bericht des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten zur Kenntnis.

20 **Kurzbericht zur aktuellen Flüchtlingssituation in Markdorf**
 Vorlage: 2025/572

Beratungsunterlage

Die Verfasserin möchte dem Gemeinderat einen aktuellen Überblick über die Flüchtlingszahlen geben. In Markdorf wohnen derzeit:

Art der Unterbringung	Träger	Ukraine	Sonst. Asylbewerber	Summe
Vorläufige Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft	Landkreis Bodenseekreis	0	84	84
Anschlussunterbringung in städtischen Unterkünften (eigen oder angemietet)	Stadt Markdorf	25	93	118
Summe				202

Zusätzlich zu der Tabelle ist festzuhalten, dass viele Geflüchtete, die in den letzten 10 Jahren nach Markdorf gekommen sind, in privaten Mietverhältnissen wohnen. Diese Zahlen belaufen sich auf etwa 100 Ukrainische Staatsangehörige, sowie etwa 80 bis 100 sonstige Asylbewerber. Dieser Personenkreis ist ungefähr bemessen, weil nicht alle in unmittelbarem Kontakt mit der Stadt stehen oder Betreuung/Beratung einfordern. Folglich leben insgesamt **etwa 400 geflüchtete Personen** in Markdorf.

Die Stadt Markdorf hat die Pflicht, die Anschlussunterbringung so zu organisieren, dass die vom Landkreis zugeteilten Personen im Anschluss an die vorläufige Unterbringung Wohnraum erhalten. Bei dieser Zuteilung legt der Landkreis eine besondere Verteilungssystematik anhand des Einwohnerschlüssels und der bisher aufgenommenen Personen fest. Zugrunde gelegt werden die in **den letzten 36 Monaten** (ohne Ukraine-Flüchtlinge) per Bescheid erfolgten Zuteilungen, dies sind 63 Personen. Außerdem wird die Zahl der in Gemeinschaftsunterkunft lebenden Personen, sowie die in Markdorf durch Asylverfahren registrierten Ukrainer angerechnet. Mit den per Bescheid Zugeteilten ist Markdorf leider im Vergleich zu anderen Kreisgemeinden im hinteren Feld und muss sich daher wieder verstärkt um Wohnraum kümmern.

Zum November 2024 war das Defizit in der Quote in Markdorf bei unter 10 Personen, also recht moderat, aber zum Jahresanfang 2025 steigt die Aufnahmeverpflichtung wieder an.

Das liegt dran, dass aktuell eine hohe Auszugsverpflichtung in den Gemeinschaftsunterkünften besteht. Daher sind die Städte und Gemeinden gefragt, entsprechende Kapazitäten in der Anschlussunterbringung bereitzustellen. Markdorf war zum Stichtag 31.12.2024 mit 24 Personen im Soll, aktuell wird die Zuteilung von 14 Personen in städtischen (oder angemieteten) Unterkünften vorbereitet. Bleiben also weitere 10 Personen - und diese Zahl wird die nächsten Monate noch anwachsen. Die verfügbaren Unterkünfte sind alle erschöpfend belegt. Es muss also dringend wieder Wohnraum generiert werden, woran die Verwaltung auch mit Hochdruck arbeitet. Dazu wird auch eine sanierungsbedürftige städtische Liegenschaft aktuell überprüft.

Aber auch in die Öffentlichkeit gilt der dringende Appell, leerstehenden Wohnraum möglichst der Stadt anzubieten.

Der neue Integrationsbeauftragte, Herr Krautz Vargas hat nun auch Anfang Januar seine Tätigkeit aufgenommen und steckt fleißig im Einarbeitungsprozess. Er wird dem Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr seinen ersten Bericht erstatten. Noch ist er in der Aufbauarbeit des Netzwerks und aktuell zusammen mit der Verfasserin und dem Team Integration auch mit der Unterkunftsgewinnung zugange.

Auswirkungen auf den Klimaschutz (z.B. CO₂-Ausstoß/Energieverbrauch):

Erhebliche Reduktion ()	Geringfügige Reduktion ()	Keine (x)	Geringfügige Erhöhung ()	Erhebliche Erhöhung ()
-----------------------------	-------------------------------	--------------	------------------------------	----------------------------

Frau Holzhofer führt in den Tagesordnungspunkt ein und stellt den Kurzbericht vor, der bereits in der letzten Sitzung nichtöffentlich präsentiert wurde. Das Thema der Anschlussunterbringung ist eine städtische Pflichtaufgabe, die Markdorf 2024 ganz gut erfüllen konnte. Ende des Jahres ist die Zahl der erforderlichen Anschlussunterbringungen nun deutlich angestiegen. Die Verteilungssystematik wird anhand des Einwohnerschlüssels berechnet. Daraus ergibt sich für Markdorf mit 14.332 Einwohner und einer Quote von 6,5 % das Soll von 333 unterzubringende Personen. Aktuell sind in Markdorf 239 Geflüchtete untergebracht, also 94 Personen zu wenig. Da die Auszugspflicht jetzt monatlich zunimmt, wird dringend neuer Wohnraum benötigt. Von den 35 Auszugspflichtigen können aktuell in Markdorf nur 7 untergebracht werden. Um an weiteren Wohnraum zu kommen, finden gerade Verhandlungen mit dem Landkreis bezüglich der Umwandlung von nicht mehr benötigten GU Plätze in AU Plätze statt. Außerdem werden unbewohnte städtische Immobilien geprüft und neue dezentrale Wohnungen müssen angemietet werden. Die Verwaltung wird zusätzlich Aufrufe im Amtsblatt bezüglich einer Wohnraumsuche veröffentlichen. Herr Bürgermeister Riedmann ergänzt, dass bei der Verteilungssystematik unbefriedigend ist, dass die vorläufige Unterbringung strikt von der Anschlussunterbringung getrennt wird. Durch die strikte Weitergabe der Geflüchteten sind die vorläufigen Unterbringungen teilweise gar nicht ausgelastet.

Diskussion

Herr Mutschler erkundigt sich, wie sich die Anzahl der Geflüchteten in Markdorf von 2023 auf 2024 geändert hat und ob es Wegzüge gegeben hat. Frau Holzhofer kann die genauen Zahlen nicht nennen, kann diese aber nachliefern. **Herr Pfluger** macht darauf aufmerksam, dass es insgesamt wenig Wohnraum für Schlechtverdienende gibt. Er fände es gut, wenn leere Gemeinschaftsunterkünfte genutzt werden könnten. **Frau Mock** erkundigt sich, ob die Anschlussunterbringung zeitlich begrenzt ist, was Frau Holzhofer verneint. **Herr Zanker** fragt nach den Konsequenzen für die Verwaltung, falls die Quote nicht erreicht werden sollte. Frau Holzhofer antwortet, dass Zuteilungsbescheide erfolgen können. Im Normalfall stehe man aber mit dem Landratsamt in Verbindung, so dass Zwangsbescheide eher selten seien. **Herr Bitzenhofer** merkt an, dass es in Markdorf viele leerstehende Wohnungen gibt. Er ist der Meinung, dass wenn es befristete Mietverträge gäbe, mehr ältere Bürger vermieten wür-

den. Frau Holzhofer antwortet, dass befristete Verträge durchaus möglich sind und die Stadträte darüber gerne die Bevölkerung informieren können. **Frau Fast** erwähnt, dass wir die menschliche und gesellschaftliche Verpflichtung haben, für Geflüchtete zu sorgen. Toll ist, dass es den Freundeskreis Flucht und Asyl, die Verwaltung und weitere Vereine gibt, die den Flüchtlingen Integration, Unterstützung und Teilhabe ermöglichen. Flüchtlinge bringen nicht nur Herausforderungen, sondern wie jeder andere Mensch auch Chancen für unsere Gesellschaft mit.

Der Gemeinderat nimmt den Kurzbericht zur Flüchtlingssituation zur Kenntnis.

21 Bekanntmachungen, Wünsche und Anträge

Frau Holzhofer berichtet, dass Stadtwerk am See noch eine Fahrgastbefragung hinsichtlich einer dauerhaften Verlegung der Bushaltestelle von der Stadtgrabenstraße zur Stadthalle machen möchte. Die Fahrgastbefragung soll im März stattfinden.

Herr Wild erkundigt sich nach dem Verbleib der Feder, die nicht mehr zwischen Untertor und Lichtblick aufgehängt ist. Frau Gehweiler erkundigt sich nach dem Verbleib.

Herr Neumann geht auf die Pressemitteilung über die Kranstellung in der Biberacherhofstraße ein. Er findet, die Verwaltung müsste hier sensibler arbeiten. Das Hin- und Her könne man keinem Bürger mehr plausibel erklären. Herr Bürgermeister Riedmann antwortet, dass die Verwirrung vom Antragsteller ausgelöst wurde. Der Baukran wurde beantragt, obwohl es gar keine Baufreigabe gab.

Herr Mutschler erkundigt sich, wie der Stand der geplanten Überdachung der Fahrradständer an der Jakob-Gretser-Schule ist. Frau Gehweiler antwortet, dass die Überdachung in Planung ist. **Herr Holstein** erinnert an dieser Stelle, dass die Verwaltung noch einen realistischen Preis nachliefern wollte. Außerdem möchte Herr Mutschler wissen, ob das Thema Verpackungssteuer in der Verwaltung ein Thema sei. Er macht darauf aufmerksam, dass beim Pfingstfest und der 100 Jahr Feier des Musikverein Riedheim kein Papp- oder Plastikgeschirr mehr verwendet werden sollte. Herr Bürgermeister Riedmann antwortet, dass in der Vergangenheit eine zu große Menge Einmalgeschirr bestellt wurde und diese Bestände nun aufgebraucht werden. Herr Wiggenhauser antwortet, dass er momentan für das Einführen einer Verpackungssteuer kein Personal habe.

Herr Pfluger erkundigt sich, wann der nächste Landwirtschaftsausschuss tagen wird. Herr Bürgermeister Riedmann antwortet, dass der Ausschuss dieses Jahr auf jeden Fall tagen wird. Ein Termin steht noch nicht fest.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende um 19:40 Uhr die Sitzung.

gez. Georg Riedmann
Vorsitzender

gez. Nadja Hörsch
Protokollantin

Gemeinderat

Gemeinderat